

Vergessene Akteurinnen der ‚Aufarbeitung der Vergangenheit‘. Die konfrontative Geschichtspolitik der Lagergemeinschaft Ravensbrück in der BRD der frühen 1980er Jahre

„Ich meine, daß es nicht genügt,
einmal im Jahr auf dem Friedhof schöne Worte zu sprechen
und im Übrigen ist dann die Sache erledigt.“¹

(Gertrud Müller, 1980)

Am 4. Juni 1966 gründeten einige Überlebende der Frauen-Konzentrationslager Moringen, Lichtenburg und Ravensbrück in Frankfurt am Main einen gemeinsamen politischen Überlebendenverband mit dem Namen *Lagergemeinschaft Ravensbrück – Zusammenschluß ehemaliger Häftlinge der deutschen Frauenkonzentrationslager*.² Sie folgten damit dem Beispiel überlebender Frauen in der DDR, deren *Ravensbrück-Komitee* in verschiedenen Formen bereits seit dem Januar 1947 bestand.³ Der Gründungskreis der Lagergemeinschaft Ravensbrück in der BRD bestand zum Großteil aus Kommunistinnen wie Käthe Jonas, Luise Mauer und Doris Maase, die als Mitglieder der KPD am Widerstand gegen den Nationalsozialismus teilgenommen hatten, deswegen verhaftet worden waren und teils jahrelange Haft in nationalsozialistischen Gefängnissen und Konzentrationslagern überlebt hatten.⁴ Unmittelbar nach der Befreiung 1945 beteiligten sie sich, wie die spätere jahrelange Sprecherin der Lagergemeinschaft Gertrud Müller, an den Frauen- und Antifa-Ausschüssen und in den 1950er Jahren an friedenspolitischen Kampagnen und der Politik

1 Schreiben Gertrud Müller an den Rudersberger Bürgermeister, 17. Oktober 1980, in: Gertrud Müller: Sammlung Forschung und Geschichtspolitik zum Frauenarbeitslager Rudersberg. Archiv Studienkreis Deutscher Widerstand, Frankfurt/Main (im Folgenden: SDW), GMül 60.

2 Luise Mauer an Käthe Jacob, 20. Juni 1965, Rundschreiben zur Gründung der LGR. In: Privatarchiv Ursel Ertel-Hochmuth, o. Sig.

3 Vgl. Henning Fischer: ›Opfer‹ als Akteurinnen. Emmy Handke und die Ursprünge der Lagergemeinschaft Ravensbrück, 1945 bis 1949. In: Marcus Hawel & Herausgeber_innenkollektiv (Hg.): work in progress. work on progress. Doktorand_innen-Jahrbuch 2014 der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Hamburg 2014, S. 101-118. Der Autor promoviert zur Zeit an der Humboldt-Universität Berlin mit einer Kollektivbiografie der Geschichte der Frauen der Lagergemeinschaften Ravensbrück, in DDR und BRD, von 1945 bis 1989. Zur Geschichte der Frauen-Konzentrationslager vgl. Bernhard Strebelt: Das KZ Ravensbrück. Geschichte eines Lagerkomplexes. Paderborn 2003 und Barbara Distel: Frauen in nationalsozialistischen Konzentrationslagern - Opfer und Täterinnen. In: Barbara Distel und Wolfgang Benz (Hg.): Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager. Band I. München 2005, S. 195-209.

4 Zu den Biografien von Jonas, Mauer und anderen Frauen der Lagergemeinschaft vgl. u.a. Jutta von Freyberg; Ursula Krause-Schmitt: Moringen, Lichtenburg, Ravensbrück. Frauen in Konzentrationslagern 1933 - 1945. Frankfurt/Main 1997, zu Doris Maase Christel Wickert; Barbara Köster: „... diese Jahre haben uns geformt, daß wir wohl für immer unserer bürgerlichen Umwelt entfremdet sein werden.“ Verfolgung im Nationalsozialismus - Ausgrenzung in der Bundesrepublik. In: Friedhelm Boll (Hg.): Verfolgung und Lebensgeschichte. Diktaturerfahrungen unter nationalsozialistischer und stalinistischer Herrschaft in Deutschland. Berlin 1997, S. 103-128 und Henning Fischer: „Unter schweren Bedingungen.“ Biografische Notizen zu Rita Sprengel und Doris Maase, zwei deutschen Kommunistinnen im 20. Jahrhundert. In: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung (2) (2015), S. 106-127.

der KPD, auch nach deren Verbot 1956.⁵ Das politische und historische Selbstverständnis der Frauen der Lagergemeinschaft Ravensbrück – wenngleich sie ein heterogener Verband war und auch Christinnen zu ihren prägenden Mitgliedern zählte – war geformt von einer besonderen, doppelten biografischen Erfahrung: als aktive Frauen der sozialistischen Arbeiterbewegung der Weimarer Republik *und* als Überlebende der Konzentrationslager. Das nach 1945 folgende politische Handeln war so immer auch gerichtet auf die Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus und an den gegen ihn gerichteten Widerstand. Damit standen die Lebenserfahrung der Mitglieder der Lagergemeinschaft Ravensbrück, ihre auf politischer Handlungsebene umgesetzte Traumaverarbeitung und ihre politische Interpretation nach 1945 zwar unterschiedlich stark und in veränderten Formen, aber doch stets grundsätzlich gegen den weit verbreiteten Wunsch nach Vergessen und Schlussstrich in der deutschen Gesellschaft.

Dies gilt auch für die frühen 1980er Jahre, in denen sich die politischen Interventionen der Lagergemeinschaft abspielten, um die es im Folgenden als Beispiel für ihre umfassenden Aktivitäten und ihre politische Agenda gehen soll. Damit richtet sich der Blick gleichzeitig auf die Mikroprozesse des deutschen Umgangs mit der nationalsozialistischen Vergangenheit in der Zeit der Regierungsübernahme durch CDU und FDP und von Helmut Kohls vielzitierte Absicht zur „geistig-moralischen Wende“. Zwar verdeutlichen diese Jahre die fundamental veränderten gesellschaftlichen Bedingungen in der BRD, vergleicht man sie mit dem gesellschaftlichen Klima, in dem Mitte der 1960er Jahre der Gründungsprozess der Lagergemeinschaft stattgefunden hatte. Die Verbindung von postnationalsozialistischer Erinnerungsabwehr und Antikommunismus, die für die überlebenden Kommunistinnen in den 1950er und frühen 1960er Jahren dramatische Folgen sozialer und politischer Exklusion gehabt hatte, war durch die politischen Prozesse nach 1968 – Jugend-, Frauen- und Studierendenbewegungen und „Neue Ostpolitik“ der sozialliberalen Koalition – aufgebrochen worden; die neue Situation eröffnete nun erste breitere Kommunikationskanäle mit der bundesrepublikanischen Mehrheitsgesellschaft. Vergrößerte Handlungsräume bedeuteten aber nicht, dass diese ohne Schwierigkeiten zu besetzen gewesen wären; auch Anfang der 1980er Jahre mussten die Frauen der Lagergemeinschaft ihre (politische) Biografie gegen die Schuldabwehr großer Teile der deutschen Gesellschaft und die nun konservativ dominierte Parteipolitik verteidigen.⁶ Nicht immer gelang dies, wie im Weiteren zu sehen sein wird. Unabhängig vom

5 Zur Lebensgeschichte Müllers, geboren 1915 in Stuttgart, in der Weimarer Republik und im Widerstand gegen den Nationalsozialismus vgl. Gertrud Müller: Die erste Hälfte meines Lebens. Erinnerungen 1915 - 1950.

Lagergemeinschaft Ravensbrück/Freundeskreis e.V. Renchen 2004 und Elke Hauf; Veronika Springmann: Portrait Gertrud Müller: „Mir war es nie langweilig“, online unter

http://www.ravensbrueckblaetter.de/alt/portraits/g_mueller/g_mueller.html (zuletzt 16. Januar 2016).

6 Vgl. zur nicht versiegenden Angst vor dem Wiedererstarken faschistischer Bewegungen auch die Aussage von Maria Zeh, Mitglied der Lagergemeinschaft Ravensbrück, in den 1980er Jahren: „Ich weiß, dass die Reaktion immer zusammenhalten wird, dass wir für die stets Feinde sind.“ Loretta Walz: „Und dann kommst du dahin an einem schönen Sommertag“. Die Frauen von Ravensbrück. München 2005, S. 42.

Ausmaß der Erfolge der geschichtspolitisch-biografischen Projekte der Lagergemeinschaft Ravensbrück allerdings ist zu betonen, dass sie Teil einer politischen Dynamik waren, die am Beginn einer neuerlichen Veränderung des historisch-moralischen Bezugs der deutschen Gesellschaft zum Nationalsozialismus steht. Sie waren bedeutsame politische Akteurinnen einer ‚Vorgeschichte der Normalisierung‘, des Wechsels vom Schlusstrichwunsch zum Bekenntnis-als-Läuterung, der sich schließlich in den 1990er Jahren durchsetzte.⁷

Wenn heute das Lob des ‚Aufarbeitungsweltmeisters‘ Deutschland erklingt, erscheint die graduelle Bewegung hin zur Anerkennung der Verbrechen des Nationalsozialismus als Tat der damaligen deutschen Gesellschaft allerdings als Ergebnis großer Politik, als allgemeine Kulturentwicklung oder generationelle Frage; das politische Handeln von Überlebenden des Nationalsozialismus kommt darin nicht vor.⁸ Der Blick auf die Kampagnen der Lagergemeinschaft Ravensbrück dagegen – hier in erfahrungsgeschichtlicher Mikroperspektive auf die Lagergemeinschaft selbst – zeigt, dass gegen die starken Widerstände der deutschen Mehrheitsgesellschaft politische Konfrontationen geführt werden mussten – und dass die treibende Rolle dazu oft von Überlebenden übernommen wurde, für die der Nationalsozialismus nicht historischer Gegenstand, sondern eigene Erfahrung, persönlicher Schmerz und Grund einer lebenslangen Traumatisierung war.⁹

Profitieren konnten die Frauen der Lagergemeinschaft Ravensbrück ab Ende der 1970er Jahre allerdings von globalen Erinnerungsdynamiken, die sich etwa in der massenhaften Rezeption der US-amerikanischen Fernseh-Serie *Holocaust* in der BRD widerspiegelten, die dort ab dem Januar 1979 ausgestrahlt wurde.¹⁰ Innerhalb dieser veränderten gesellschaftlichen Bedingungen und im Verein mit neuen politischen Partnern war es für die Lagergemeinschaft der BRD auch auf anderen politischen Feldern möglich, die Anerkennung ihre biografischen Selbstbehauptung, ihrer Leiden und ihrer politischen Identität zum Gegenstand öffentlicher Debatte zu machen. Ausdruck fanden diese veränderten politischen Bedingungen vor allem in geschichtspolitischen Kampagnen, bei denen die Frauen der Lagergemeinschaft Ravensbrück die öffentliche Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen an den Orten ihrer eigenen Inhaftierung einforderten: in den

7 Vgl. die Beiträge in Michael Klundt: *Erinnern, verdrängen, vergessen. Geschichtspolitische Wege ins 21. Jahrhundert.* Giessen 2003.

8 Vgl. in Reinhold Edgar Wolfrum: *Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart.* Stuttgart 2006, S. 396-399, differenzierter, aber ebenfalls ohne Nennung von Überlebenden Eckart Conze: *Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis in die Gegenwart.* München 2009, S. 654-659.

9 Vgl. zur Traumatisierung von Überlebenden der Konzentrationslager u.a. Ulrike Jureit: *Erinnerungsmuster. Zur Methodik lebensgeschichtlicher Interviews mit Überlebenden der Konzentrations- und Vernichtungslager.* Hamburg 1999, S. 116-127 und Helga Amesberger; Katrin Auer; Brigitte Halbmayr: *Sexualisierte Gewalt: weibliche Erfahrungen in NS-Konzentrationslagern.* Wien 2004, S. 33-51. Traumaerlebnis und Traumareaktion sind zweifellos auch für die Protagonistinnen der Lagergemeinschaft in ihrem Leben nach der Befreiung von fundamentaler Bedeutung gewesen. Im Rahmen meines Dissertationsprojekts gehe ich dieser Spur als untergründigem Teil des politischen Handelns auch nach; an dieser Stelle muss ich mich allerdings auf die Ebene der politischen Öffentlichkeit beschränken.

10 Vgl. Wilhelm van Kampen: *Holocaust. Materialien zu einer amerikanischen Fernsehserie über die Judenverfolgung im 'Dritten Reich'.* Bonn 1982.

Kleinstädten Rudersberg, Geislingen und Moringen. Da es in Anknüpfung an die schwedische Geschichtsbewegung ab Ende der 1970er Jahre auch in der BRD vielerorts hieß: „Grabe, wo du stehst“¹¹, lag für die Ravensbrücker Überlebenden in ihrer Lebensgeschichte, die sie selbst zu Mitwirkenden desjenigen gemacht hatte, was nun gesellschaftliche Erinnerung wurde, nicht mehr der Grund ihrer politischen Exklusion, sondern eine gewichtige politische und moralische Ressource: *Grabe, wo du standst*.

I. „Erinnerung an NS-Zeit stört Rudersbergs Gemeindefrieden“¹² – Bundesrepublikanische Abwehrreflexe gegen eine Gedenktafel im Jahr 1980

Der Philosoph Vladimir Jankélévitch, der sich ab 1941 als Jude am Widerstand der Résistance gegen die deutsche Besatzung beteiligt hatte, hielt 1971 in seinem Essay „Verzeihen?“ fest:

„Doch man ist mit diesem wertvollen Leben nicht im reinen, gegenüber diesen Widerstandskämpfern und diesen Massakrierten, weil man einmal im Jahr die Journée de la déportation gefeiert, eine Rede gehalten, ein Grab geschmückt hat.“¹³

Seine Kritik an der Routine offizieller Gedenkpraxis fand ihr fast wortgleiches Echo in einem Schreiben, das Gertrud Müller im Oktober 1980 an den Bürgermeister der in der Nähe Stuttgarts gelegenen Gemeinde Rudersberg richtete. Müller kritisierte in ihrem Brief die aus ihrer Sicht übliche Praxis, die Vergangenheit der nationalsozialistischen Verbrechen „einmal im Jahr“ mit „schönen Worten“ auf Friedhöfen abzuhandeln und „die Sache“ damit für „erledigt“¹⁴ zu halten. Konkreter Anlass für ihr Schreiben war die Weigerung des Gemeinderats Rudersberg, eine öffentliche Gedenktafel für die Frauen aufzustellen, die von 1942 bis 1945 im „Arbeitserziehungslager“ in Rudersberg inhaftiert gewesen waren. Dort hatte die Gestapo ab 1942 vor allem Zwangsarbeiterinnen inhaftiert, denen Sabotage oder Nachlässigkeit vorgeworfen wurde oder deutsche Frauen, die in den Begriffen nationalsozialistischer Ideologie als „arbeitsscheu“ galten.¹⁵ Neben der Verwendung als Terror- und Disziplinierungsinstrument vor allem der Zwangsarbeiterinnen diente das Lager zudem als Polizeigefängnis für Frauen, auch aus dem politischen Widerstand. Die inhaftierten Frauen mussten in der örtlichen Rüstungsproduktion

11 Vgl. Hannes Heer; Volker Ullrich (Hg.): *Geschichte entdecken. Erfahrungen und Projekte der neuen Geschichtsbewegung*. Hamburg 1985 und Sven Lindqvist: *Grabe, wo du stehst*. In: Hubert Ch. Ehalt (Hg.): *Geschichte von unten. Fragestellungen, Methoden und Projekte einer Geschichte des Alltags*. Wien 1984, S. 295-304.

12 Stuttgarter Zeitung, 8. November 1980, in: Gertrud Müller: *Presseschau Rudersberg 1980er*. Archiv SDW, GMül 138.

13 Vladimir Jankélévitch; Ralf Konersmann; Jürg Altwegg (Hg.): *Das Verzeihen. Essays zur Moral und Kulturphilosophie*. Frankfurt/Main 2004, S. 59.

14 Alle Zitate Schreiben Gertrud Müller an den Rudersberger Bürgermeister Stiefel, 17. Oktober 1980, in: Gertrud Müller – Sammlung Forschung und Geschichtspolitik. Siehe Anm. 1.

15 Vgl. Wolfgang Ayaß: „Ein Gebot der nationalen Arbeitsdisziplin“. Die „Aktion Arbeitsscheu Reich“ 1938. In: *Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik* (Bd. 6) (1988), S: 43-74, online unter <http://kobra.bibliothek.uni-kassel.de/bitstream/urn:nbn:de:hebis:34-2007013116965/3/AktionArbeitsscheuReich.pdf> (zuletzt 16. Januar 2016).

arbeiten, für viele bedeutete das Verlassen des Lagers den Weitertransport in die Konzentrationslager Ravensbrück oder Auschwitz.¹⁶ Gertrud Müller, im Jahr 1980 Sprecherin der Lagergemeinschaft Ravensbrück in der BRD und Vizepräsidentin des *Internationalen Ravensbrück-Komitees* (IRK), war nach ihrer Verhaftung im Juni 1942 auch im Lager Rudersberg inhaftiert gewesen, bevor sie 13 Monate Einzelhaft im Polizeigefängnis Bad Cannstatt überstehen musste. In Rudersberg hatte sie das erste Mal vom Konzentrationslager Ravensbrück gehört; sie bezeichnete es später als „Vorgeschmack“¹⁷ auf Ravensbrück.

Der Bürgermeister Rudersbergs verwies im Januar 1981 in seinem Antwortschreiben an Gertrud Müller darauf, dass die Gemeinde statt der Aufstellung einer Gedenktafel beschlossen habe, in der alljährlichen Gedenkfeier zum Volkstrauertag, in der Ortschronik und im Geschichtsunterricht auf „dieses Frauenarbeitserziehungslager Rudersberg besonders *hinzuweisen*“¹⁸. Für den lokalen Kommunalpolitiker war die Erinnerung an die nationalsozialistische Vergangenheit der Gemeinde, die Gertrud Müller durch ein öffentliches Gedenkzeichen etabliert wissen wollte, in Form eines schlichten *Hinweises* in der Schule und innerhalb des Volkstrauertagsgedenken angemessen aufgehoben. In Rudersberg, einer kleinen Gemeinde von etwas über 10.000 EinwohnerInnen, spielte sich so eine der vielen geschichtspolitischen Auseinandersetzungen ab, die in der BRD zu Beginn der 1980er Jahre eine neue Qualität der Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit und in Gestalt der „Geschichte von unten“¹⁹ auch neue politische AkteurInnen hervorbrachte.

Die politische Auseinandersetzung um ein Erinnerungszeichen für die Frauen des Arbeitserziehungslagers Rudersberg artikulierte im Kern die Frage, in welcher Form die Vergangenheit der nationalsozialistischen Verbrechen, ihre Orte und ihre TäterInnen in der Bundesrepublik der frühen 1980er Jahre sichtbar sein sollten. Müller konnte dabei an die Initiative des SPD-Politikers Hermann Scheer anknüpfen, der mit zwei weiteren lokalen SPD-Ortsvorsitzenden im Herbst 1979 bei der Gemeinde Rudersberg eine „Erinnerungstafel“²⁰ für die Frauen des „Arbeitserziehungslagers“ angeregt hatte und sich so fast 40 Jahre nach ihrer Inhaftierung in Rudersberg mit politisch-moralischer Autorität in die Diskussionen einbringen. Die

16 Vgl. zum Lager Rudersberg Roland Maier: Die Arbeitserziehungslager Kniebis-Ruhestein, Oberndorf-Aistaig und Rudersberg. In: Ingrid Bauz (Hg.): Die Geheime Staatspolizei in Württemberg und Hohenzollern. Entwicklung - Verfolgungspraxis - Personen. Stuttgart 2011, S. 143-157 und grundsätzlich zu den Arbeitserziehungslagern Gabriele Lotfi: KZ der Gestapo. Arbeitserziehungslager im Dritten Reich. Frankfurt/Main 2003.

17 Typoskript „27.2.1981 Rudersberg“, S. 5, in: Gertrud Müller – Sammlung Forschung und Geschichtspolitik. Siehe Anm. 1.

18 Schreiben Walter Stiefel an Gertrud Müller, 19. Januar 1981, in: Gertrud Müller: Rudersberg 1979-1981. Archiv SDW, GMül 140, Hervorhebung H.F.

19 Vgl. aus zeitgenössischer Sicht neben dem Band von Heer und Ullrich (Anm. 11) die Beiträge in Ehalt 1984. Siehe Anm. 11.

20 Stuttgarter Zeitung vom 23. September 1983: „In Rudersberg. Eine Gedenktafel für Nazi-Opfer“, in: Gertrud Müller – Sammlung Forschung und Geschichtspolitik. Siehe Anm. 1. Vgl. auch „Rudersberg will seine Vergangenheit vergessen. Bürgerversammlung gegen eine Gedenktafel für die Häftlinge des früheren Nazi-Frauenarbeitslagers“, Stuttgarter Zeitung, 11. Oktober 1980, in: Gertrud Müller – Sammlung Forschung und Geschichtspolitik. Siehe Anm. 1.

Lagergemeinschaft Ravensbrück wurde in der Auseinandersetzung von VVN und DKP, aber auch vom DGB, der *Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen* (AsF) und dem örtlichen Stadtjugendring unterstützt; diese Koalition stand einer konservativen Gemeindeöffentlichkeit und der Mehrheit im Gemeinderat gegenüber.

In einem ausführlichen Artikel im internen *Mitteilungsblatt* der Lagergemeinschaft skizzierte Müller den bisherigen Verlauf der Debatte bis zum April 1981 und schlug vor, Protestbriefe an den Rudersberger Bürgermeister Walter Stiefel zu verfassen.²¹ Sie berichtete, dass sie aus der Presse von der Ablehnung der Gedenktafel erfahren hatte und nach ihrer Intervention bei Bürgermeister Stiefel von diesem zu einer Gemeinderatssitzung im Januar 1981 eingeladen worden war. Ein Antrag in Unterstützung einer Gedenktafel sei allerdings von Freien Wählern und CDU abgelehnt worden. In der Diskussion habe ihr zudem ein Gemeinderat ohne Weiteres gesagt, „man solle doch endlich vergessen“. Daraufhin, so Müller, habe sich ein Arbeitskreis aus Frauen der AfS, des DGB und der Lagergemeinschaft gebildet, die sich zusammen dafür einsetzen wollten, „daß in Rudersberg für die dort gequälten Frauen und Mädchen eine Mahn- und Gedenktafel errichtet wird“²².

Bereits ab dem Januar 1981 hatten sich zahlreiche Frauen der Lagergemeinschaft an der Auseinandersetzung beteiligt und unter Verweis auf ihre Lebensgeschichten die Position der Gemeinde kritisiert. Die Lagergemeinschaft konnte so als strategisch agierender politischer Verband auftreten. Luise Mauer, die Mitte der 1960er Jahre zu den Gründerinnen der Lagergemeinschaft der BRD gehört hatte, protestierte in einem Schreiben an Bürgermeister Stiefel als „pol.[itischer] Häftling in Ravensbrück u. Auschwitz“²³ gegen die Ablehnung der Gedenktafel, ebenso wie die Augsburgerin Anni Pröll. Pröll setzte Stiefel nachdrücklich davon in Kenntnis, dass

„Frauen, Mädchen und Kinder [...] in solche Lager zusammengetrieben [wurden], ohne jeden Prozess, ohne eine Anklage, wie niedere Tiere behandelt, aussortiert, um dann in die Vernichtungslager abgeschoben zu werden“.

Es sei „nicht angebracht solches zu verschweigen“ und die Ablehnung einer Gedenktafel, „ehrt Ihre Gemeinde nicht“. Erst mit einem Zusatz zur Unterschrift legte sie ihre persönliche Geschichte offen: „Anna Pröll (von der Gestapo in das Umerziehungs-Konz.[entrations]-Lager Moringen eingewiesen)“²⁴. Änne Meier aus Baltersweiler im Saarland konnte in ihrem Protestschreiben zu ihrer eigenen Lebensgeschichte auf das kurz zuvor erschienene Buch der Überlebenden Hanna

21 Vgl. Gertrud Müller: Rudersberg, in: *Mitteilungsblatt der Lagergemeinschaft Ravensbrück*, Nr. 26, April 1981, S. 5-7.

22 Beide Zitate ebd.

23 Schreiben Luise Mauer an Walter Stiefel, 27. Januar 1981, in: Gertrud Müller – Sammlung Forschung und Geschichtspolitik. Siehe Anm. 1.

24 Alle Zitate Schreiben Anni Pröll an Walter Stiefel, 29. Januar 1981, in: Gertrud Müller – Sammlung Forschung und Geschichtspolitik. Siehe Anm. 1. Vgl. dort auch die Schreiben von Erna Lugebiel, Rosa Jochmann (Wien), Änne Salzmann (Offenbach), Maria Günzl (München), Hedwig Regnart (Fürth), Frieda Hummler (Stuttgart), Änne Meier (Baltersweiler), Erna Wunderle (Stuttgart), Gertrud Neuhof (West-Berlin) und Hanna Elling (Aarbergen) aus dem Januar und Februar 1981 und Maria Zeh (Stuttgart) aus dem Mai 1981. Vgl. zu den meisten der hier genannten Freyberg, Krause-Schmitt 1997. Siehe Anm. 4.

Elling verweisen und beendete ihr Schreiben selbstbewusst: „Der deutsche ‚Herren-Übermensch‘ hat sein Spiel verloren. Das meint die 85j.[ährige] Änne Meier.“²⁵ Schließlich berichtete Änne Salzmänn aus Offenbach in ihrem Protestbrief von ihrer 5-jährigen Einzelhaft in nationalsozialistischen Gefängnissen und wies zudem auf ein aktuelles massenmediales Ereignis hin, das ihrer Meinung nach auch an den Gemeindevertretern Rudersbergs nicht spurlos vorübergegangen sein konnte. Die Ablehnung einer Gedenktafel war für Salzmänn

„empörend, weil das Schicksal dieser Frauen sicherlich in Rudersberg und darüber hinaus bekannt ist, *zumal ja der Film ‚Holocaust‘, der wohl auch in Rudersberg gesehen wurde*, deutlich machte, zu welchen Schandtaten die NS-Machthaber ‚fähig‘ waren.“²⁶

Damit verband Salzmänn ihre persönliche Vergangenheit mit den aktuellsten diskursiven Veränderungen in der Öffentlichkeit der BRD. Aus der Gemeinde Rudersberg erhielten die Frauen der Lagergemeinschaft auf ihre teils sehr persönlichen Interventionen eine formal gehaltene Antwort, die jede Anerkennung ihrer Lebensgeschichte vermissen ließ. Das Schreiben, das Änne Salzmänn erreichte, konstatierte ohne jeden Begründungsaufwand, dass mit der nun geplanten Thematisierung des Lagers in Schule und Ortschronik im Vergleich zu einer Gedenktafel ein „intensiver[es]“²⁷ Gedenken möglich sei. Angesichts dieses Beharrungsvermögens der Kommunalpolitik beteiligte sich die Lagergemeinschaft im weiteren Verlauf an der Initiative der AsF, die eine Sammlung für eine unabhängige Finanzierung einer Gedenktafel organisierte und an öffentlichen Veranstaltungen wie der „Gedenk-Kundgebung für die Opfer von Faschismus und Krieg“, die von der VVN-BdA am 1. November 1981 in Rudersberg durchgeführt wurde.²⁸ Die regionale und überregionale Presse hatte die Debatte in Rudersberg mittlerweile prominent aufgegriffen.²⁹

Die Beteiligung an der öffentlichen Debatte und die Schilderung ihrer traumatischen Erlebnisse in den Konzentrationslagern bedeutete für die Frauen der Lagergemeinschaft dabei nicht nur eine oft aufreibende Auseinandersetzung mit einem politischen Gegner, sondern auch immer die Konfrontation mit der Infragestellung und Diffamierung der eigenen Lebensgeschichte und Persönlichkeit. Die *Konfrontation* bestand also im doppelten Sinne: Mit dem bestehenden Schweigen über Nationalsozialismus und Widerstand *und* mit der eigenen Vergangenheit und dem erarbeiteten Umgang mit den erlittenen Traumata.³⁰ Im Zuge der Debatte um ein Gedenkzeichen für

25 Vgl. Hanna Elling: Frauen im deutschen Widerstand. 1933-45. Frankfurt/Main 1978, S. 134-138 und Schreiben Änne Meier an Walter Stiefel, 4. Februar 1981, in: Gertrud Müller – Sammlung Forschung und Geschichtspolitik. Siehe Anm. 1.

26 Schreiben Änne Salzmänn an Walter Stiefel, 1. Februar 1981, in: ebd., Hervorhebung H.F.

27 Schreiben Walter Stiefel an Änne Salzmänn, 12. Februar 1981, in: ebd.

28 Vgl. Flugblattentwurf VVN-BdA, in: ebd.

29 Vgl. Gertrud Müller – Presseschau Rudersberg 1980er. Siehe Anm. 12.

30 Zu den „Abwehr-, Schutz und/oder Anpassungsleistungen“ von Überlebenden der Konzentrationslager, die diesen „ein Weiterleben überhaupt erst ermöglichten“, vgl. Jureit 1999, S. 120f. Siehe Anm. 9.

das Lager Rudersberg fanden zahlreiche solcher persönlicher Konfrontationen und Angriffe statt. Die regionale Presse berichtete von Rudersberger Bürgern, die in der ersten Gemeindeversammlung vom „Schandfleck“ einer Gedenktafel nichts wissen wollten sowie von einem führenden Kommunalpolitiker, der unter Applaus forderte, „endlich einen Schlußstrich unter die Vergangenheit zu ziehen“³¹. Kurz darauf hatten Rudersberger Bürger angekündigt, eine angebrachte Tafel umgehend zu entfernen, andere äußerten, im Rudersberger Lager wären nur Frauen gewesen, „die nichts arbeiten wollten“³². Angesichts dieser starken Widerstände aus der Bevölkerung und Kommunalpolitik musste der öffentliche Druck durch die Presseberichterstattung und das Bündnis aus linken Gruppierungen und sozialdemokratischen AkteurInnen noch über zwei Jahre aufrecht erhalten werden, bis sich die Mehrheiten im Rudersberger Gemeinderat letztlich änderten. Im September 1983 wurde auf einer Gemeinderatssitzung der Entschluss gefasst, eine Gedenktafel – finanziert durch die genannte Spendensammlung, nicht die Gemeinde oder an der Zwangsarbeit beteiligte Firmen – neben dem Kriegsofopferdenkmal auf dem örtlichen Friedhof zu errichten. Die Tafel wurde am 9. Oktober 1983 eingeweiht.³³

Es blieb für die Lagergemeinschaft aber nicht nur im Vergleich zu den geringeren Handlungsmöglichkeiten der Zeit vor den frühen 1980er Jahren ein Erfolg, die Gedenktafel für die Frauen des Arbeitserziehungslagers Rudersberg durchgesetzt zu haben. Gertrud Müller berichtete im *Mitteilungsblatt* der Lagergemeinschaft entsprechend in diesem Sinne von der Rudersberger Initiative.³⁴ Ein Erfolg war es auch, dies im Verein mit anderen politischen Akteuren und gegen die massiven Widerstände in der Gemeinde erreicht zu haben, die von deutlicher Erinnerungs- und Schuldabwehr geprägt waren – demselben politischen Charakter des postnationalsozialistischen Beschweigens, der die Zeit bis Mitte der 1960er beherrscht hatte und dem nur langsam und unter großen Mühen politischer Raum abgewonnen werden konnte.

2. Geschichtspolitische Konfrontationen und Kompromisse: Patt in Geislingen, Grundsteinlegung in Moringen

Zur gleichen Zeit wie in Rudersberg konnte sich die Lagergemeinschaft auch in der nahe gelegenen Kleinstadt Geislingen in eine geschichtspolitische Debatte einbringen, denn im Sommer 1982 hatte die Vorbereitung einer Ausstellung zur „Machtergreifung in Geislingen“ zu ihrem 50. Jahrestag im folgenden Jahr die Diskussion um ein öffentliches Gedenkzeichen für die Inhaftierten des

31 „Rudersberg will seine Vergangenheit vergessen. Bürgerversammlung gegen eine Gedenktafel für die Häftlinge des früheren Nazi-Frauenarbeitslagers“, Stuttgarter Zeitung, 11. Oktober 1980, in: Gertrud Müller – Sammlung Forschung und Geschichtspolitik. Siehe Anm. 1.

32 „Erinnerung an NS-Zeit stört Rudersbergs Gemeindefrieden“, Stuttgarter Nachrichten, 8. November 1980, in: Gertrud Müller – Sammlung Forschung und Geschichtspolitik. Siehe Anm. 1.

33 Vgl. „Eine Gedenktafel für Nazi-Opfer“, in: Stuttgarter Zeitung, 23. September 1983. Zur Spende der Lagergemeinschaft vgl. Gertrud Müller: Rudersberg, in: *Mitteilungsblatt der Lagergemeinschaft Ravensbrück*, Nr. 26, April 1981, S. 5-7, hier: S. 5.

34 Vgl. *Mitteilungsblatt der Lagergemeinschaft Ravensbrück* Nr. 33 (1/1983) und Nr. 37 (1/1984).

Außenlagers Geislingen ausgelöst. Das Lager hatte vom Juli 1944 bis zum April 1945 bestanden, die insgesamt 2000 mehrheitlich jüdischen Häftlingsfrauen mussten in der örtlichen *Württembergischer Metallwarenfabrik (WMF)* für die Rüstungsproduktion Zwangsarbeit leisten. Viele der Frauen kamen mit Transporten aus Auschwitz; mindestens zwölf von ihnen starben in Geislingen.³⁵ Im Gegensatz zur Debatte im nahen Rudersberg entzündete sich in Geislingen der Konflikt zwischen der Lagergemeinschaft und einem geschichtspolitischen AkteurInnenbündnis einerseits und der kommunalen Verwaltung und der Mehrheit der Bevölkerung andererseits weniger an der Frage, *ob* ein Gedenkzeichen errichtet werden sollte, sondern vielmehr an der politischen Topographie und dem Deutungsinhalt dieses Zeichens. Während die Lagergemeinschaft einen zentralen Standort forderte und dafür den Stadtpark vorschlug, der dem historischen Ort der Zwangsarbeit, dem weiter bestehenden WMF-Werk gegenüberlag, favorisierte der Gemeinderat die Platzierung der Gedenktafel auf dem örtlichen Friedhof. Zudem plante die Gemeinde eine Gedenktafel, während Gertrud Müller, die sich in einem Brief an Bürgermeister von Au im Juni 1983 gegen den Friedhof und für einen Standort mit „Bezug zum Geschehen“, also in der Nähe der WMF befürwortete, von einer „Mahn- und Gedenkstätte“³⁶ sprach.

Nachdem sich wie in Rudersberg auch die städtischen Jugendorganisationen auf Seiten einer zivilgesellschaftlichen *Initiative für ein „KZ-Mahnmal“* in die Auseinandersetzung eingebracht hatten,³⁷ verabschiedete in Geislingen der Gemeinderat nach einer überraschenden Initiative des Bürgermeisters einen Beschluss, der einen Kompromiss darstellte. Zwar blieb als Standort der Friedhof bestehen, dort sollte aber an prominenter Stelle ein Mahnmal und nicht nur eine Gedenktafel aufgestellt werden. Das Mahnmal selbst enthielt eine Inschrift, deren Gestaltung deutlich werden lässt, dass sie ebenfalls einen Kompromiss darstellte – einen Kompromiss zwischen der konkreten Benennung der historischen Vorgänge und einem universalen Gedenken an Leid und Opfer an sich:

„... es schwinden, es fallen, die leidenden menschen...
gedenke der frauen des kz-aussenlagers geislingen

35 Vgl. Richard Wagner: Das KZ-Außenlager in Geislingen. In: *geschichte regional. Quellen und Texte aus dem Kreis Göppingen* (2) (1982), 98–111 und Stadtarchiv Geislingen (2001): *Kleine Dokumentation zur Geschichte der Zwangsarbeit und des KZ-Außenlagers Geislingen an der Steige*, online unter <http://www.geislingen.de/pdf/Aussenlager.pdf> (zuletzt 17. Januar 2016).

36 Beide Zitate Schreiben Müller an von Au, 15. Juni 1983, in: Gertrud Müller: *Geschichtspolitik Geislingen*. Archiv SDW, GMül 70. Diese Formulierung dürfte nicht zufällig der Namensgebung der „Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück“ entsprochen haben, die im September 1959 in der DDR eingeweiht worden war, sondern vielmehr den Vorbildcharakter ausdrücken, die diese auch für die Lagergemeinschaft der BRD einnahm. Vgl. Erika Schwarz; Simone Steppan: *Die Entstehung der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück, 1945-1959*. In: Insa Eschebach (Hg.): *Die Sprache des Gedenkens. Zur Geschichte der Gedenkstätte Ravensbrück 1945 - 1995*. Berlin, 1999, S. 218-239.

37 Eine „KZ-Stadt Geislingen“ betitelte Ausgabe der Stadtjugendring-Zeitschrift „aktuell“ führte zur Androhung der Streichung der städtischen Zuschüsse durch die CDU. Vgl. Hartmut Grüber (2015): *Geislingen unterm Hakenkreuz*. Hg. v. Stadtarchiv Geislingen, online unter <http://stadtarchiv-geislingen.de/stadtgeschichte/geislingen-unterm-hakenkreuz/die-kz-mahnmal-initiative-198384-und-die-geschichte-der-aufarbeitung-in-geislingen/>, (zuletzt 18. Januar 2016).

28. juli 1944 – 10. april 1945

und aller opfer der gewalt.

willkür und wahn nahmen ihnen würde und leben“³⁸

Damit war eine politische Balance gefunden, die von den geschichtspolitischen Akteursgruppen nicht mehr ins Wanken gebracht werden konnte: Die politische Initiative, ein eigenständiges und zentrales Gedenkzeichen an die Frauen des Außenlagers Geislingen zu errichten, endete letztlich in einer Niederlage: Am eher peripheren Standort wurde den Frauen des Lagers Geislingen nun im entkonkretisierenden Rahmen „aller opfer der gewalt“ gedacht. Ein von der *Initiative* „KZ-Mahnmal“ am 21. Oktober 1984 aufgestellter Gedenkstein im Stadtpark – gegenüber von WMF – wurde von der Stadt umgehend wieder entfernt, das Mahnmal auf dem Friedhof dagegen im November des Jahres eingeweiht.

Im Mai 1984, ein Jahr nach der Einweihung der Gedenktafel in Rudersberg und kurz vor der endgültigen Entscheidung gegen ein eigenständiges Mahnmal in Geislingen, veranstaltete die Lagergemeinschaft Ravensbrück in einer weiteren geschichtspolitischen Initiative ihre Jahrestagung in dem Ort, in dem viele ihrer Mitglieder das erste Mal in einem nationalsozialistischen Konzentrationslager inhaftiert gewesen waren – im niedersächsischen Moringen. Wie eine Grußkarte der Berlinerin Erna Lugebiel an Käthe Jacob nach dem Moringer Treffen zeigt, waren diese Zusammenkünfte abseits der öffentlichen Wirkung Ort und Praxis des Zusammenhalts der Überlebenden und ihrer Bewältigungsversuche der gemeinsamen Vergangenheit. Lugebiel schrieb: „Es erhebt dann alles wieder auf, was wir in der Haft zusammen erlebt haben“, und hielt ihre Erinnerung an ein sehr solidarisches Verhalten Jacobs ihr gegenüber in Ravensbrück fest.³⁹ Die Tagung, die, wie mittlerweile üblich, neben der sozialen Dimension und verbandsinternen Besprechungen auch öffentliche Veranstaltungen im Programm hatte, mit lokalen Partnerorganisationen durchgeführt wurde und damit auch eine regionale Presseresonanz auslöste, sollte für die Kleinstadt Moringen ein nicht zu ignorierendes Diskursereignis werden.

Die Ortswahl, beschlossen auf der Jahrestagung 1983 in Stuttgart,⁴⁰ war nicht nur Ergebnis des politischen Selbstbewusstseins der Lagergemeinschaft, sondern auch dem Umstand geschuldet, dass die Stadt Moringen im Jahr 1983 überregional Schlagzeilen in Sachen Verdrängung ihrer nationalsozialistischen Vergangenheit gemacht hatte. Ein neu erschienene offizielle Stadtchronik

38 Vgl. Dokumentation „Gedenkstunde für Häftlinge des ehemaligen KZ-Außenlagers 1944-45 in Geislingen an der Stiege“, 10. April 1995, in: Gertrud Müller: Geschichtspolitik und Gedenken in Geislingen. Archiv SDW, GMül 62, zur Universalisierung vgl. Sabine Moller: Die Entkonkretisierung der NS-Herrschaft in der Ära Kohl. Hannover 1998 und Insa Eschebach: Öffentliches Gedenken. Deutsche Erinnerungskulturen seit der Weimarer Republik. Frankfurt/Main 2005, S. 42ff und 185-205.

39 Schreiben Erna Lugebiel an Käthe Jacob, Juli 1984, in: Katharina Jacob: Vorgang Korrespondenz mit Erna Lugebiel. Privataarchiv Ursel Ertel-Hochmuth.

40 Vgl. Ursula Krause-Schmitt: Für Anni Pröll. In: *Ravensbrückblätter* 32, September 2006 (128) und LGR: Bericht von der Tagung in Moringen 1984. Archiv SDW, Ell 28.

mit dem Titel „1000 Jahre Moringen“⁴¹ hatte unter anderem die antisemitischen Pogrome vom November 1938 als Folge ‚jüdischer Provokationen‘ in den USA verharmlost. Das Konzentrationslager Moringen – im Frühjahr 1933 als Männerlager, danach bis 1938 als Frauenlager und von 1940 bis 1945 als Lager für männliche Jugendliche – wurde nur kurz erwähnt und dabei euphemistisch als „Jugendschutzlager“ bezeichnet.⁴² Nach dem Erscheinen der Chronik wurde sie von mehreren Seiten heftig als Dokument der Verdrängung kritisiert; Heinz Galinski, Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland und Überlebender der Konzentrationslager Auschwitz, Mittelbau-Dora und Bergen-Belsen, protestierte in einem Offenen Brief bei dem niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht.⁴³ Im Sommer 1983 berichteten auch globale Pressedienste von dem Konflikt und zitierten weitere antisemitische Passagen aus der Chronik, für die der Stadtarchivar verantwortlich zeichnete.⁴⁴ In der Folge distanzierte sich der Stadtrat von den kritisierten Passagen, der Archivar musste von seinem Posten zurücktreten und die örtliche evangelische Gemeinde ermöglichte im Herbst 1983 das erste Treffen von etwa 50 Überlebenden der Moringer Lager.⁴⁵

Wie in Rudersberg und Geislingen musste allerdings auch in Moringen selbst die bloße Anerkennung der historischen Existenz der Lager erst durchgesetzt werden gegen einen großen Teil der Bevölkerung, im Stadtrat vertreten durch die CDU. Eine erste Nennung der Konzentrationslager im Gemeindebrief der evangelischen Gemeinde war ebenso als Affront aufgefasst worden wie die Errichtung eines Gedenksteins an die Opfer des Nationalsozialismus auf dem örtlichen Friedhof 1980.⁴⁶ Und auch nach der offiziellen Distanzierung von den kritisierten Passagen der Chronik artikuliert sich ein starker Wunsch, die Geschichte der Moringer Lager und der Teilnahme der Stadt an der nationalsozialistischen Gesellschaft und ihren Verbrechen nicht weiter zu erforschen. Nach einer historischen Artikelserie in der Regionalpresse ließen lokale Politiker von CDU und FDP verlauten, die inhaftierten Jugendlichen seien „kriminelle und asoziale Elemente“ gewesen und man wolle nicht, dass Moringen „in einem Atemzug mit Auschwitz, Buchenwald, Dachau etc.“⁴⁷ genannt werde. Um eine solche Konfrontation mit der Erinnerungs- und Geschichtspolitik der

41 Walter Ohlmer: 1000 Jahre Moringen, 983-1983. Chronik. Hildesheim 1983.

42 Vgl. Karl-Heinz Janßen: Die Bürger peinlich berührt. In: *Die Zeit* 38, 3. Februar 1984 (6), online unter <http://www.zeit.de/1984/06/die-buerger-peinlich-beruehrt/komplettansicht> (zuletzt 17. Januar 2016).

43 Vgl. KZ-Gedenkstätte Moringen (Hg.): Moringen. Geschichte der Erinnerungskultur, online unter <http://erinnernsuedniedersachsen.de/orte-h-m-moringen-6.html>.

44 Vgl. u.a. Jewish Telegraphic Agency: Publication of Book with Anti-jewish Bias Forces German Town Archivist to Resign, 8 August 1983, online unter <http://www.jta.org/1983/08/08/archive/publication-of-book-with-anti-jewish-bias-forces-german-town-archivist-to-resign/>.

45 Vgl. -zhp-: Kaum noch Überlebende: Erinnerung an Gründung eines der ersten KZ, Hessische Niedersächsische Allgemeine, 28. April 2013. 1986 wurde in Moringen zum ersten Mal eine Gedenktafel am historischen Ort angebracht, die nun an die örtlichen Konzentrationslager und die Inhaftierten erinnerte.

46 Zum Verlauf der Debatte vgl. KZ-Gedenkstätte Moringen (Hg.): Moringen. Siehe Anm. 44, zu ersten Bemühungen um ein Gedenken auch o.V.: „Dass wir etwas über Moringen erzählen können, verdanken wir Euch“ In: *Ravensbrückblätter* 29, Dezember 2003 (117).

47 Beide Zitate Karl-Heinz Janßen 3. Februar 1984. Siehe Anm. 43.

„Bonner Republik“, die gleichzeitig der Kampf um die Anerkennung ihrer politischen Lebensgeschichte war, ging es auch der Lagergemeinschaft Ravensbrück. In ihrer Ansprache auf dem Moringener Friedhof am 20. Mai 1984, die Teil des Tagungsprogramms der Lagergemeinschaft war, machte Käthe Jacob dies sehr deutlich. Sie begann mit dem Hinweis auf ihre Inhaftierung in Ravensbrück und die Hinrichtung ihres Mannes Franz Jacob und fuhr fort:

„Das Lager Moringen soll kein Jugend-KZ gewesen sein, behaupten Moringener Bürger. Ich las es mit Erschütterung. Es gibt auch Menschen, die sagen, es habe kein Auschwitz und keine Gasöfen gegeben. [...] Und wie alle Häftlinge der Konzentrationslager vegetierte auch in Moringen die Jugend nach den geschriebenen und ungeschriebenen Gesetzen aller KZs mit stundenlangem Strafestehen, Essen- und Bettentzug, Stockschlägen und Arrest in der Einzelzelle. Zwingen wir uns dazu, nachzuempfinden und nachzudenken, was in diesen jungen Menschen vorgegangen sein muß.“⁴⁸

Jacob dankte weiter zwei örtlichen Pastoren, die sich um die Erinnerung an die Moringener Konzentrationslager bemüht hatten und schloss mit einem Appell zum Handeln in der Gegenwart:

„Aber Betroffenheit und Trauer genügen nicht. Wir dürfen die Opfer nicht vergessen, aber auch nicht die Täter. Und besonders nicht, daß diese Verbrechen der Nazizeit ihre Wurzeln in einer menschenverachtenden Ideologie hatten. Wenn Ihr fragt und wenn Sie fragen: Was kann man tun? Sich engagieren im Kampf gegen das Unrecht, sich engagieren im Kampf für den Frieden gegen den Krieg.“⁴⁹

Die Lagergemeinschaft hatte sich explizit für Moringen als Tagungsort ihres Jahrestreffens 1984 entschieden, weil, so weiter der interne Bericht, in der erwähnten Stadtchronik „das faschistische Konzentrationslager in Moringen verharmlost, der zweite Weltkrieg als Selbstbehauptungskrieg bezeichnet und der faschistische Terror gegen die Juden gerechtfertigt“⁵⁰ wurde.

Auch in Moringen spielte sich im Folgenden eine geschichtspolitische Dynamik ab, in deren Verlauf die Widerstände der Stadtöffentlichkeit gegen die Gedenkinitiativen zu neuen Schritten der ErinnerungsakteurInnen führten: So entschloss sich die Lagergemeinschaft nach ablehnenden Reaktionen auf die Ankündigung ihres Treffens in der Stadt, nun auch eine Ausstellung mit dem Titel „Frauen im Konzentrationslager“ das erste Mal öffentlich zu zeigen.⁵¹ Sie war mit dem *Studienkreis Deutscher Widerstand* in Frankfurt am Main entwickelt worden und wurde im Vorfeld

48 Katharina Jacob: Redemanuskript, Jahrestagung LGR in Moringen. Privatarhiv Ursel Ertel-Hochmuth. Vgl. zu Jacob Szepansky, Gerda: Frauen leisten Widerstand, 1933-1945. Lebensgeschichten nach Interviews und Dokumenten. Frankfurt/Main 1983, S. 15-49.

49 Katharina Jacob 1984 – Redemanuskript. Siehe Anm. 49.

50 LGR 1984 – Bericht von der Tagung. Siehe Anm. 41.

51 Vgl. Ursula Krause-Schmitt – Für Anni Pröll. Siehe Anm. 41 und LGR 1984 – Bericht von der Tagung. Siehe Anm. 41, sowie zur Ausstellung die Homepage des *Studienkreises*: <http://www.widerstand-1933-1945.de/content/article/17/78/> (zuletzt 21. Januar 2016).

der Tagung der Lagergemeinschaft von fast 900 BesucherInnen gesehen. Obgleich es auch verbale Angriffe gegen Überlebende von Moringen Bürgern gegeben hatte,⁵² sprachen bei der öffentlichen Tagung der Lagergemeinschaft neben VertreterInnen von DKP, VVN, DGB und AsF auch die CDU – ein Hinweis für eine erneute Erweiterung des politischen Resonanzraums der Lagergemeinschaft. Der interne Bericht der Lagergemeinschaft betonte neben dem „erfreulich“ zahlreichen Besuch der Ausstellung durch Jugendliche die Beteiligung des Bürgermeisters von Moringen sowie von Kirchenvertretern an der öffentlichen Tagung. Die Münchnerin Centa Herker-Beimler forderte im Namen der Lagergemeinschaft die Stadtpolitik auf, eine mittlerweile beschlossene Gedenktafel endlich anzubringen und einen Gedenkraum im Gebäude des ehemaligen Konzentrationslagers einzurichten, das mittlerweile als Landeskrankenhaus genutzt wurde.⁵³

Da die politische Zielsetzung der Lagergemeinschaft, so die Historikerin Ursula Krause-Schmitt, stets eine „hochpolitische“ war, die auf die Vergangenheit fokussierte, aber immer auch „im Jetzt“⁵⁴ stattfand, positionierte sie sich auch auf ihrer Tagung in Moringen zu den im Jahr 1984 aktuellen politischen Tagesfragen. Eine durch die Tagung verabschiedete „Erklärung“ forderte den Abbau von Massenvernichtungswaffen, die Schaffung einer „ABC-Waffenfreien Zone“ in Europa, die Kürzung von Rüstungsausgaben zugunsten von „sozialen Investitionen“, umweltpolitische Maßnahmen und die Verkürzung der Arbeitszeit. Zudem verlangte man die Aufhebung der Berufsverbote, das Verbot von „SS-Nachfolgeorganisationen und aller neofaschistischer Gruppen“ und die „wahrheitsgemäße Vermittlung des Widerstandskampfes gegen den deutschen Faschismus“⁵⁵ in Schulen und Medien. Die organisatorische Vorbereitung einer solchen Verbandstagung und die emotionale Belastung, die eigene traumatische Lebensgeschichte zum Gegenstand öffentlicher Konfrontation zu machen, erforderte von den größtenteils über 70 Jahre alten Frauen der Lagergemeinschaft eine immense Kraftanstrengung. Gertrud Müller schrieb nach der Tagung in Moringen an Käthe Jacob, dass sie „die Strapazen“ zwar überstanden habe, insgesamt aber sehr viel auf sie „einstürzte“⁵⁶. Als Sprecherin der Lagergemeinschaft war sie auch nach der Tagung in Moringen noch mit den beiden beteiligten Pastoren, dem Bürgermeister und anderen Beteiligten schriftlich in Kontakt geblieben. Die Wirkung der Tagung schätzte sie so ein, dass die Lagergemeinschaft in Moringen „doch einige

52 Vgl. Dass wir etwas über Moringen wissen. Siehe Anm. 47 und o.V.: Jahrestagung der Lagergemeinschaft Ravensbrück der Bundesrepublik am 19. und 20. Mai 1984 in Moringen/Solling. In: *Ravensbrückblätter* 9, Juli 1984 (39), S. 1–4.

53 LGR 1984 – Bericht von der Tagung. Siehe Anm. 41. Zur Lebensgeschichte Centa Herker-Beimlers vgl. Centa Herker-Beimler: *Erinnerungen einer Münchner Antifaschistin*. Aufgeschrieben und bearbeitet von Friedbert Mühlendorfer. Hg. v. VVN-BdA Kreis München. München 1999.

54 Beide Zitate Ursula Krause-Schmitt im Gespräch mit dem Autor, 9. Januar 2013.

55 Alle Zitate LGR 1984 – Bericht von der Tagung. Siehe Anm. 41.

56 Beide Zitate Schreiben Gertrud Müller an Käthe Jacob, 17. Juli 1984, in: Katharina Jacob: *Korrespondenz mit Gertrud Müller*. Privatarchiv Ursel Ertel-Hochmuth. Ein weit verbreiteter Umgang mit dem Trauma war es unter Überlebenden, ein „immenses Arbeitspensum“ zu absolvieren; sowohl als Teil des Wiederaufbaus der Identität, als auch als Verarbeitungsversuch auf der „Handlungsebene“. Vgl. Jureit 1999, S. 129. Siehe Anm. 9, sowie Revital Ludewig-Kedmi: *Opfer und Täter zugleich? Moraldilemmata jüdischer Funktionshäftlinge in der Shoah*. Gießen 2001, S. 75.

Vorurteile abgebaut“ hätte, was „sehr wichtig“⁵⁷ sei. Die Entwicklung der nächsten Jahre sollte ihrer Einschätzung Recht geben: Die Jahrestagung der Lagergemeinschaft im Jahr 1984 kann als wichtige Etappe einer Entwicklung gelten, die schließlich 1993 zur Einrichtung der Gedenkstätte Moringen führte.⁵⁸

Konfrontationen der Überlebenden – mit der deutschen Gegenwart und der Vergangenheit in der eigenen Person

Die Lagergemeinschaft zeigte sich zufrieden mit der politischen Wirkung ihrer Präsenz in Moringen, dem Bemühen um die Thematisierung von Nationalsozialismus und Widerstand und in der Warnung vor neonazistischen Gruppierungen. Dass diese Sorge konkrete Ursachen hatte, belegt ein Treffen der SS-Veteranenorganisation *Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit* (HIAG), das am gleichen Wochenende wie die Tagung der Lagergemeinschaft im nur eine Stunde Autofahrt entfernt gelegenen Bad Harzburg stattfinden sollte.⁵⁹ Es verdeutlicht den besonderen Charakter der Frauen der Lagergemeinschaft als Akteurinnen ihrer eigenen Geschichte, dass sie sich nicht nur programmatisch gegen die Existenz von NS-Nachfolgeorganisationen aussprachen, sondern zudem die zeitliche und räumliche Nähe des HIAG-Treffens bedeutete, zahlreichen Mitgliedern genau derjenigen nationalsozialistischen Terrorapparate persönlich sehr nahe zu kommen, die ihnen angetan hatten, was ihnen angetan worden war.

Die geschichtspolitischen Kampagnen der Lagergemeinschaft Ravensbrück in den frühen 1980er Jahren – geführt auf der Grundlage der eigenen Biografie als Überlebende der nationalsozialistischen Konzentrationslager, auf dem psychischen Fundament der Verarbeitung der traumatischen Erlebnisse, an den historischen Orten deutscher Kleinstädte und schließlich im Widerstreit mit meist konservativen Befürwortern des *status quo* von Verdrängung und Verleumdung – waren auf zwei Ebenen von bleibender Wirkung. Sie konnten zum Einen tagespolitische Dynamiken anstoßen, getragen sowohl von der biografisch-moralischen Autorität der Überlebenden im beginnenden Zeitalter der ‚ZeitzeugInnen‘, als auch von der diskursiven Sprengkraft, die in der konfrontativen Benennung des bisher Verschwiegenen lag, im Ausgraben und Erinnern der historischen Stätten nationalsozialistischer Verbrechen. Zum anderen konnten sie für ihr Anliegen durch die Form der Aktivität – der Forderung nach bleibenden öffentlichen Zeichen: Gedenktafeln und Mahnmale – eine langfristige Wirkung erreichen. Die fortbestehende materielle Präsenz der Erinnerung an Verfolgung, Zwangsarbeit, Deportation und Massenmord im

57 Beide Zitate Schreiben Gertrud Müller an Käthe Jacob, 17. Juli 1984, in: Katharina Jacob 1988 – Korrespondenz mit Gertrud Müller. Siehe Anm. 57.

58 Vgl. KZ-Gedenkstätte Moringen (Hg.): Moringen. Siehe Anm. 44.

59 LGR 1984 – Bericht von der Tagung. Siehe Anm. 41. Das Treffen fand aufgrund heftiger antifaschistischer Proteste nicht statt. Vgl. o.A.: SS-Treffen verurteilt. In: *Neues Deutschland* 39, 21. Mai 1984 und http://www.neues-deutschland.de/downloads/Antifa_heisst_Angriff___er_Zeitleiste.pdf (zuletzt 20. Januar 2016).

Zentrum der Öffentlichkeit ‚unverdächtiger‘ Kleinstädte der BRD fand mit dem Ende der Intervention der Lagergemeinschaft nicht ihr Ende, sondern blieb politischer Stein des Anstoßes. Sicherlich nicht zuletzt, weil damit ‚Auschwitz‘ nicht mehr als Exterritorialisierung der nationalsozialistischen Verbrechen und der eigenen Verantwortung zur Verfügung stand und die Normalität der deutschen Gesellschaft nun doch „in einem Atemzug“ mit Angriffs- und Vernichtungskrieg, Zwangsarbeit und Holocaust gedacht werden musste.

Den Versuchen der Lagergemeinschaft, die Vergangenheit der nationalsozialistischen Verbrechen, ihrer Opfer und des Widerstands in Erinnerung zu rufen und politisch zu aktualisieren, war durchaus Erfolg beschieden, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß. Die Konfrontation der bundesdeutschen Öffentlichkeit, die gleichzeitig die Konfrontation der eigenen Traumata gewesen war, zeigte Wirkung – diejenige der öffentlichen Sphäre konnte an dieser Stelle nachgezeichnet werden. Auf lokaler Ebene hinterließen sie veränderte Diskurse und bleibende Spuren, und dies gilt auch, in gesellschaftlicher Hinsicht, im Hinblick auf die ‚Modernisierung‘ deutschen Geschichtsbezugs bis in die 1990er Jahre. Gertrud Müllers Warnung, es genüge nicht, „*einmal im Jahr auf dem Friedhof schöne Worte zu sprechen*“ bleibt allerdings auch unter anderen Vorzeichen aktuell, eben jener Modernisierung, die zur Selbstinszenierung deutschen Staatsgedenkens als vorbildlicher und schattenfreier ‚Aufarbeitung der Vergangenheit‘ geführt hat.